

## Atommüll

# Öffentlichkeitsbeteiligung zur Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für Block 2 des AKW Philippsburg gestartet

Mit der Öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger Baden-Württemberg hat das Umweltministerium dieses Bundeslandes am 23. März 2018 das Beteiligungsverfahren zu der von der EnBW beantragten Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für Block 2 des Atomkraftwerks Philippsburg förmlich gestartet. Von Montag 9. April bis Freitag 8. Juni 2018 haben interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Auslegungsunterlagen für das Genehmigungs-

verfahren beim Bürgermeisteramt der Stadt Philippsburg und im Umweltministerium einzusehen, teilt das Baden-Württembergische Umweltministerium mit. Zudem werde das Umweltministerium diese Unterlagen im selben Zeitraum auch auf seiner Internetseite in elektronischer Form bereitstellen.

Zu den Unterlagen gehören der Antrag, eine Kurzbeschreibung des Vorhabens, ein Sicherheitsbericht, sowie die

Umweltverträglichkeitsuntersuchung. Diese betrachtet Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf den Menschen sowie auf Tiere, Pflanzen, Boden, Luft und Wasser, wie der Abbruch der Kühltürme, insbesondere die mögliche Lärm- und Staubentwicklung, heißt es.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich innerhalb der Auslegungsfrist zum Vorhaben äußern. Wann der hieran anschließende Erörterungstermin stattfinden wird, hänge von der Anzahl und dem Inhalt der Einwendungen ab, wird erklärt. Vom weiteren Verlauf des Verfahrens hänge auch ab, wann die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen werden und die beantragte Stilllegungs- und Abbaugenehmigung erteilt werden kann.

Die EnBW hatte die Stilllegung und den Abbau des Blocks 2 des Atomkraftwerks Philippsburg am 18. Juli 2016 beantragt. Dem vorausgegangen war bereits eine erste frühe Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem baden-württembergischen Umweltverwaltungsgesetz. Für Block 1 des Atomkraftwerks Philippsburg hatte das Umweltministerium am 11. April 2017 die 1. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung erteilt.

Weitere Informationen zum Atomkraftwerk Philippsburg unter [www.um.baden-wuerttemberg.de](http://www.um.baden-wuerttemberg.de) und <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/kernenergie-und-radioaktivitaet/kerntechnische-anlagen/kkw-in-baden-wuerttemberg/philippensburg/> ●

## Uranbergbau

# Das Salamanca-Projekt Spaniens

## Der an Portugal grenzenden Provinz droht der größte Urantagebau Westeuropas

Die Region im mittleren Westen Spaniens zwischen der Universitätsstadt Salamanca und der portugiesischen Grenze ist eine malerische Landschaft mit Rinder- und Schweineweiden und uralten Steineichen. Nachhaltige, extensive Viehzucht ist die traditionelle Einkommensquelle, der schon lange von Landflucht geplagten Region. Doch das Gestein im Untergrund ist reich an Uran. Spaniens Regierung in Madrid hatte schon vor Jahren beschlossen, diese Büchse der Pandora auszugraben und zu öffnen. Darauf macht Norbert Suchanek in der Tageszeitung junge Welt in ihrer Ausgabe vom 20. Dezember 2017 aufmerksam.

Bereits seit 1974 förderte das staatliche Uranunternehmen ENUSA in Salamanca bei Salices El Chico Uran zu Tage, schreibt Suchanek. Das Bergwerk lieferte bis zu seiner

Stilllegung im Jahr 2000 rund 130 Tonnen Uranoxid pro Jahr. Weit mehr als die zehnfache Menge, rund 2.000 Tonnen, soll nun das sogenannte Salamanca-Projekt jährlich produzieren. Damit würde Spanien in die Top 10 der globalen Uranproduzenten aufrücken und selbst die USA und China überflügeln.

Alle notwendigen Infrastrukturen des 5.400 Hektar großen Tagebaus wie Zugangsstraßen, Auffangbecken und Werksgebäude sollen demnach schon 2018 fertiggestellt sein, und das erste Uran soll 2019 gefördert werden. Seit Mitte 2017, als die ersten Planierarbeiten anrückten, um die Flächen freizuroden, läuft ein Teil der lokalen Bevölkerung Sturm dagegen, berichtet Suchanek. Allen voran lehne Jorge Rodríguez, Viehzüchter und Bürgermeister von Villavieja de Yeltes, das Uranpro-

jekt vehement ab. Laut Rodríguez stemmen sich rund 40 Gemeinden gegen den Uranabbau in Salamanca. Bereits 2.000 von rund 30.000 Steineichen seien bereits den Vorarbeiten zum Opfer gefallen.

Schon im Juli 2012 vergab Spaniens Regierung die gesamten Schürfrechte des nahe der portugiesischen Grenze in den Gemeinden Villavieja de Yeltes and Retortillo angesiedelten Salamanca-Projekts an die in England und Australien ansässige Firma Berkeley Energia Ltd, die sich selbst als „Unternehmen für saubere Energie mit größten Auswirkungen“ beschreibt, erklärt Suchanek. Hauptinvestor ist demnach der Staatsfonds des Sultanats Oman, der mit 120 Millionen US-Dollar beteiligt ist.

Berkeley Energia sieht sich von den Anrainer-Gemeinden des Bergwerks unterstützt. „Das Unternehmen genießt eine gute Beziehung zu den Kommunen der Region“, zitiert Suchanek aus Texten auf der Internetseite von Berkeley Energia. In den vergangenen Jahren habe es Wifi-Netzwer-

ke für die Dörfer finanziert, Kinderspielplätze gebaut, Sportanlagen modernisiert, Kläranlagen saniert sowie Sportveranstaltungen und lokale Feste gesponsert. Ab 2018 werde Berkeley zudem 80 sichere Vollzeitstellen für die etwa 400 Bewohner von Villavieja schaffen, heißt es. Das Unternehmen garantiere einen Uranabbau nach den höchsten Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards der Welt.

Nichtsdestoweniger befürchten die Kritiker des Tagebaus ernste lokale und grenzüberschreitende Folgen. So bedrohe der Uranabbau in der Region das Einkommen der intensiv arbeitenden lokalen Rinder- und Schweinezüchter. Wer wolle schon Weidefleisch aus einer radioaktiv belasteten Region kaufen, beklagt Rodríguez dem Bericht zufolge. Radioaktiver Abraum könnte zudem mit Wind und Flüssen die portugiesische Grenze überschreiten und selbst den Rio Douro erreichen, die Trinkwasserquelle von rund zwei Millionen Menschen.

Wie eine 2013 veröffentlichte Studie der Universität Lissa-